

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

8.3.1929 (No. 57)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3518

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Klenz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Strasse 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beibringung, und Konturverfahren fällt der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Strasse 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beibringung, und Konturverfahren fällt der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Strasse 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beibringung, und Konturverfahren fällt der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Strasse 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beibringung, und Konturverfahren fällt der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Strasse 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet.

Die Minderheitsdebatte

Weiterberatung im Juni

Die Minderheitsdebatte vor dem Genfer Völkerbundsrat hat am Donnerstagmittag ihren Abschluß gefunden. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der der Berichterstatter Abachi den Auftrag erhält, über die fanatischen und deutschen Anträge sowie die in der Diskussion vorgebrachten Gesichtspunkte einen Bericht für die Juni-Sitzung auszuarbeiten. Die Vertreter Englands und Spaniens werden den Berichterstatter dabei unterstützen. Dieser Dreierausschuß kann sowohl von den Regierungen der Staaten mit Minderheitsverträgen, wie von allen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes dazu Vorschläge und Bemerkungen entgegennehmen. Diese Meinungäußerungen müssen bis zum 15. April dem Völkerbundsekretariat eingesandt werden. Außerdem kann der Dreierausschuß jegliche ihm nützlich erscheinende Informationen entgegennehmen oder einholen. Einige Tage vor der Juni-Sitzung des Rates wird sodann der Völkerbundsrat als Ratkomitee zusammentreten, um den Bericht des Dreierausschusses einer ersten Prüfung zu unterziehen.

Diese Lösung ist ein Kompromiß, weil man sich nicht zu einigen vermochte über die Zusammenfassung eines kleineren Studienausschusses mit Einbezug der beiden Antragsteller Dandurand und Strefemann. Der Völkerbundsrat als Ratkomitee erhält auch nur den Charakter eines Studienausschusses mit keinerlei Entscheidungsbefugnis und -verpflichtung. Was der Völkerbundsrat also als Ratkomitee prüft und diskutiert, stellt rechtlich noch keinerlei offizielle Handlung des Völkerbundsrates dar, wenn auch die gleichen Personen dabei mitwirken. Dadurch wird jedoch Außenminister Strefemann an allen Vorbereitungen teilnehmen können, da der Dreierausschuß seine Tätigkeit kaum über die Sammlung und erste Sichtung des Materials hinaus erstrecken wird. Das vorläufige Ergebnis der allgemeinen Minderheitsberatung wird in der „Frankf. Ztg.“ wie folgt zusammengefaßt:

- 1. Sämtliche von Dr. Strefemann und Dandurand gemachten Vorschläge und Anregungen sind zum Studium entgegengenommen worden.
2. Der Versuch der Gegner dieser Anträge, deren Prüfung während der Tagung kurzweg zu erledigen und die Vorschläge in der Hauptsache abzulehnen, das heißt die ganze Frage als Bagatelie zu behandeln, ist mißlungen.
3. Ebenso konnte verhindert werden, daß die Prüfung nur einem Dreierausschuß des Rates übertragen würde, wodurch sämtliche Ratmitglieder Gelegenheit erhalten, schon an den weiteren Beratungen der ganzen Frage teilzunehmen.
Die nächste Ratstagung im Juni wird voraussichtlich in Madrid stattfinden.

Ein schweizerischer Kommentar

W.D. Genf, 8. März (Tel.) In einem Kommentar zu der geistigen Revolution des Völkerbundsrates bemerkt die „Neue Züricher Ztg.“: Das beschlossene Verfahren kommt dem Wunsch Deutschlands entgegen, möglichst viele Staaten an der Vorbereitung des Berichtes zu beteiligen, bevor er endgültig vor den Rat kommt. Angesichts der vorhandenen Schwierigkeiten und der delikaten Art des Problems kann der gesunde Ausweg befriedigen. Es kann jedenfalls gesagt werden, daß die Führer der Minderheitsbewegung die Resolution nicht ungünstig beurteilen, weil sie keinen Stillstand, sondern einen Fortschritt bedeuten. Die Kompetenz der mit der Voruntersuchung betrauten Instanz ergibt eine umfassendere und allseitige Prüfung der fanatischen und deutschen Anregungen. Die Rollen hätten die Debatte am liebsten ganz erfüllt. Die bisherige Debatte hat wenigstens in bezug auf die Assimilationslehre, die Nello Franco vor einigen Jahren vor dem Rat vertreten konnte, bereits eine erfreuliche Aufklärung in gutem Sinne gebracht.

Wirtschaftsfragen im Völkerbundsrat

Der Völkerbundsrat genehmigte die zum Teil umfangreichen Berichte über die Tätigkeit des Wirtschaftskomitees und des Opiumausschusses, ferner über den Stand der Vorarbeiten zur fortgeschrittenen Kodifizierung des internationalen Rechts und zur Einberufung einer entsprechenden Konferenz, die für das nächste Frühjahr beschloffen wurde, sowie über die Vorarbeiten zur Erteilung international gültiger Identitätskarten an Auswanderer. Hierzu bemerkte Staatssekretär von Schubert, daß Deutschland grundsätzlich auch weiterhin für die allgemeine Abschaffung der Passpässe eintrete.

Bei der Behandlung des von dem deutschen Ratmitglied erstellten Berichtes über die letzte Tagung des Wirtschaftskomitees wurde festgestellt, daß die bisherigen Untersuchungen einen nützlichen Einblick in die Kompliziertheit dieses Problems gebracht haben und die Fortsetzung zweckmäßig erscheinen lassen. Besonderer Nachdruck wird in dem Bericht des deutschen Ratmitglieds auf die Notwendigkeit der baldigen Ratifizierung des Abkommens zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote gelegt, da deren Inkrafttreten von der rechtzeitigen Ratifizierung von mindestens 18 Staaten bis zum 30. September 1929 abhängt. Bis heute haben nur Belgien ratifiziert; andere 8 Staaten, darunter Deutschland, seien im Begriff, die Ratifizierung vorzunehmen. Briand und Chamberlain stellten die baldige Annahme dieses Abkommens auch durch Frankreich und England in Aussicht. Chamberlain gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine internationale Aktion zur Behebung der Schwierigkeiten auf dem internationalen Kohlenmarkt möglich werde.

Ein polnisch-rumänisches Geheimabkommen? Nach der Mitteilung einer slowener Zeitung, soll zwischen Polen und Rumänien ein Geheimvertrag abgeschlossen worden sein, der sich gegen Rußland und Litauen richtet.

Letzte Nachrichten

Der Notetat im Reichsrat

W.D. Berlin, 8. März (Tel.) Die Ausschüsse des Reichsrates haben heute vormittag den Notetat beraten. Morgen mittag wird sich die Vollversammlung des Reichsrates mit dem Entwurf beschäftigen.

Der Brüsseler Gesandte nach Berlin berufen

pr. Berlin, 8. März (Priv.-Tel.) Der deutsche Gesandte in Brüssel, Dr. Fortmann, wird, der „N. Z.“ zufolge, zur Richterstattung über die Veröffentlichungen des „Arbeitskalenders“ in Berlin erwartet. Das auswärtige Amt wünscht weitere Informationen über alle mit der Affäre zusammenhängenden Einzelheiten zu bekommen.

Ein schwerer politischer Zusammenstoß

W.D. Weide (Hofstein), 8. März (Tel.) In dem im Süderdarmstädter gelegenen Orte Weiden kam es gestern abend anlässlich einer von den Nationalsozialisten einberufenen Versammlung zu einem Zusammenstoß mit Kommunisten. Die Kommunisten, die sich in großer Überzahl befanden, griffen die Nationalsozialisten an, und es entwickelte sich eine heftige Schlägerei, in deren Verlauf zwei Nationalsozialisten durch Stiche getötet wurden. Auch ein Kommunist blieb tot auf dem Platz. Außerdem wurden sieben Verletzte, darunter ein Schwerverletzter, ins Heider Krankenhaus gebracht. Die Versammlung war verboten, weil es schon vor einigen Tagen bei einer nationalsozialistischen Versammlung zu einem Zusammenstoß mit Kommunisten gekommen war, bei dem auch mehrere Personen verletzt worden waren.

Die französische Attentatveröffentlichung

W.D. Paris, 8. März (Tel.) Laut „Reit Parisien“ kündigt der mit der Vorbereitung der französischen Attentatveröffentlichung beauftragte, beim Außenministerium eingesetzte Ausschuß das baldige Erscheinen der ersten drei Bände dieses 50 Bände umfassenden Werkes an. Die Attentatveröffentlichung wird in drei Abschnitte eingeteilt: 1871/1900 (Siege Bismarcks, Bildung des Dreierbundes), 1901/4. November 1911 (Bildung der Triple-Allianz, Agadir), 4. November 1911/1914 (italienisch-türkischer Krieg, Balkankonflikte, Attentat von Sarajewo). Die zunächst erscheinenden drei Bände sind die ersten Bände eines jeden dieser drei Abschnitte.

Drohender Studentenstreik in Spanien

W.D. Paris, 8. März (Tel.) Wie dem „Journal“ aus Madrid gemeldet wird, soll der Vorstoß des Studentenverbandes für heute mit einem Studentenstreik gedroht haben. Er habe dem Rektor erklärt, wenn die Regierung entschlossen sei, die Staatsgewalt gegen die Studenten anzuwenden, würden die Studenten die Universität in Brand stecken. Die Ursache der Erregung soll darin zu suchen sein, daß die Studenten der rechtswissenschaftlichen Fakultät mit der neuen Prüfungsordnung nicht einverstanden sind.

Präsident Hoover gegen die neuen Einwanderungsquoten

W.D. Washington, 8. März (Tel.) Die Senatoren Aye undrazier (Norddakota) hatten gestern mit Präsident Hoover eine Unterredung. Nach dieser Besprechung erklärten die Senatoren, der Präsident werde vom Justizminister ein Gutachten einfordern, ob er nach dem Einwanderungsgesetz verpflichtet sei, die neuen Quoten, gegen die er sich im vorigen Jahre selbst öffentlich ausgesprochen habe, zu proklamieren.

Die Kriegsgefahr zwischen Nanking und Hankau beseitigt

W.D. London, 8. März (Tel.) „Times“ meldet aus Shanghai: Die Gefahr eines Krieges zwischen Nanking und der Wuhangruppe (Hankau) scheint vorläufig beseitigt zu sein, obwohl die hauptsächlichsten Schwierigkeiten noch nicht beigelegt sind.

Die Lage in Mexiko

W.D. New York, 8. März (Tel.) Wie aus Mexiko gemeldet wird, wird in weiteren Regierungserklärungen bekanntgegeben, daß sich der Feind in völliger Auflösung befindet und überall von panischen Schrecken erfaßt sei. Außer anderen wichtigen Städten befanden sich auch Orizaba, Cordova und Jalapa wieder in den Händen der Bundesstruppen. Weiter wird die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs mit Verao in Texas angekündigt.

Nach einer Mitteilung des Führers der Aufständischen in Sonora, des Generals Vorquez, haben die Revolutionäre den Staat Sinaloa, südlich von Sonora, an der Küste des Stillen Ozeans, in Besitz genommen. Die katholischen Kirchen in Sonora gelehrteten gestern zum ersten Male seit 1926 Hochämter. Trotz vereinzelter Erfolge der Aufständischen herrsche in New York der Eindruck, daß die Regierungskräfte allmählich die Oberhand gewinnen.

W.D. Mexiko, 8. März (Neuter.) (Tel.) General Jesus Lopez, der bormalige Befehlshaber der Militärpolizei der Stadt Mexiko, wurde gestern früh im Hofe des Nationalpalastes als Aufständischer erschossen, weil er versucht hatte, die im Staate Michoacan unter seinem Befehl stehenden Truppen zur Beteiligung an dem Aufstand zu veranlassen.

Wirtschaftliche Umschau

Die Notlage des Lokomotivbaus — Künstliche Wolle — Der deutsche Automobilbau und das Ausland — El- und Kalifriede

Die Notlage der deutschen Lokomotivbauindustrie, vor allem hervorgerufen durch die geringen Aufträge, welche die Reichsbahn zu verteilen hat, haben nunmehr zum Ende des badischen Lokomotivbaues geführt. Die einzige badische Lokomotivbauanstalt, die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe, die bereits 1841 die erste überhaupt in Deutschland gebaute Lokomotive herstellte, hat schon vor einiger Zeit mit der Hohenzollern-N.-G., Lokomotivbau Düsseldorf, eine Interessentenvereinbarung vereinbart, wonach der Bau von Dampflokomotiven der Düsseldorf-Fabrik übertragen wird, wofür Karlsruhe andere Aufträge als Ersatz erhält. Dieses Abkommen hat nun unter gewissen Vorbehalten die bisher noch ausstehende Zustimmung der badischen Regierung gefunden und kann somit in Kraft treten. Die badische Quote beträgt rund 1,37 Proz. und war praktisch so gering, daß schon seit dem neuen Jahr in Karlsruhe der Lokomotivbau stillstand. Mit dem Eingehen der vereinbarten Ersatzaufträge hofft die Karlsruher Maschinenbau-N.-G. ihre gegenwärtige Arbeiterzahl sogar erhöhen zu können.

Das Karlsruher-Düsseldorf-Abkommen ist im Verlauf des in der Lokomotivindustrie selbst vorgenommenen Konzentrationsprozesses erforderlich, nachdem die Lokomotivbestellungen der Reichsbahn auf ein Minimum gesunken sind. Seit längerem bemüht sich diese Industrie, wenigstens so viel Aufträge hereinzubekommen, um über die nächsten kritischen Jahre hinweg ihre Einrichtungen durchhalten zu können. In einer Eingabe an den Reichstag bittet die Industrie, auf die Reichsbahn hinzuwirken, daß die für die nächsten Jahre zu erwartenden Lokomotivbestellungen vorweggenommen werden, wobei sich die Industrie verpflichtet, der Reichsbahn in Anbetracht ihrer schwierigen Finanzlage 100 Lokomotiven für 15 Millionen Reichsmark zu kreditieren.

Die weitere Entwicklung der Kunstfaserstoffe herstellenden Industrien ist eine Qualitätsfrage. Während die deutsche Kunstseidenindustrie zur Zeit noch gut beschäftigt ist, kommen aus dem Ausland Warnungszeichen, die wohl darauf hindeuten, daß verschiedentlich bereits eine allzugroße Produktionsausweitung vorgenommen wurde. Die Berichte der großen englischen, belgischen und italienischen Gesellschaften klagen über die schwieriger werdenden Absatzverhältnisse, die bei der italienischen Snia Biscosa wieder einen Verlustabschluß zur Folge hatten. Die von der Mode lancierte und begünstigte Kunstseide zeigt für die eigentlich praktischen Verwendungszwecke auch in den besten Qualitäten noch Mängel, weshalb die Naturfaserstoffe doch in großem Umfang ihr Feld behaupten konnten. Aus diesem Grund ist, zumal Deutschland in größtem Maß auf den Naturfaserbezug aus dem Ausland angewiesen ist (Wolleinfuhr 1927 300 Millionen Reichsmark), eine deutsche in Baden gemachte Erfindung zu begrüßen, über die kürzlich berichtet wurde.

Der Zellstofffabrik Waldhof-Mannheim ist es nach vierjährigen Versuchen in Zusammenarbeit mit Textilfachleuten gelungen, auf der Grundlage der aus Zellstoff hergestellten billigen Kunstseidefaser eine künstliche Wolle zu gewinnen, die gleich der Naturwolle aus zahllosen, kurzen Fasern besteht und demgemäß weicher und durch die zwischen den Fasern liegenden Luftschichten wärmehaltiger ist. Es handelt sich hier also um eine Fortführung der in der Kriegszeit gemachten, aber damals unbefriedigend verlaufenen Versuche. Das Verfahren zur Großproduktion ist bereits ausgebaut und in Verbindung mit pfälzischen Textilindustriellen eine „Wolleidengesellschaft m. b. H., Mannheim“ begründet worden. Der Preis soll etwa dem der Kunstseide der gleichen Art entsprechen und 50 Proz. niedriger als der von Schafwolle sein. Die Verarbeitung des gleichmäßigen Produkts ist einfacher als die der verschiedenartigen Schafwollqualitäten. Bei Tragversuchen sollen sich die zu Versuchszwecken hergestellten Stoffe gut bewährt haben.

Seit längerem sind in England Versuche im Gange, den Naturfaserstoffen, vor allem der Baumwolle, einen anderen gleichwertigen Naturfaserstoff entgegenzustellen, der im gemäßigten Klima gewonnen werden kann. Es handelt sich nach dortigen Berichten um eine Feldbau-

Mit der Beilage: 15. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

mähig zu gewinnende Pflanze, die den Namen „Protegepflanze“ erhalten hat und deren Samen sich auch als Futter eignen sollen. Eine mit einem Aktienkapital von 20 Mill. Reichsmark gegründete Gesellschaft will den Anbau und die Verarbeitung dieses neuen Futterstoffes finanzieren.

Es scheint nun, daß trotz aller vorhergegangenen Dementis ein Zusammenschluß der größten deutschen Automobilfabrik, der Opelwerke in Rüsselsheim, welche die Hälfte aller deutschen Automobile herstellen, mit der größten amerikanischen Automobilfabrik, den Generalmotors, auf dem Wege ist. Auch die Opelwerke stellen jetzt solche Verhandlungen nicht mehr in Abrede. Man kann hier nicht recht von einer Überfremdung sprechen, denn es handelt sich nach den vorliegenden Nachrichten um eine Zusammenarbeit unter Heranziehung amerikanischen Kapitals, die auch eine sehr beachtliche positive Seite für die deutsche Inlandsbeschäftigung hat. Durch die Zusammenarbeit wird auf jeden Fall der Konkurrenzkampf des Auslandes verringert, unter dem die deutsche Automobilindustrie so schwer zu leiden hat und der deutschen Wirtschaft weitere aufreibende Kämpfe erspart, bei denen sie infolge ihres Kapitalmangels immer eine schwierige Position haben wird. Da die Opelwerke weiterhin ein fabrikatorischer Vollbetrieb bleiben sollen, nicht etwa eine Montagewerkstätte für amerikanische Autoteile werden, wird sich dadurch die Automobilherstellung in Deutschland eher vergrößern als sich verringern.

Im vergangenen Jahr waren Bestrebungen im Gange, eine Zusammenarbeit der englischen, französischen und italienischen Automobilindustrie gegen Amerika herbeizuführen, denen auch deutsche Automobilinteressenten zustimmten, wie ja bekanntlich auch die italienischen Fiatwerke sich mit Mercedes zusammengeschlossen, um an der Sanierung dieses Unternehmens mitzuwirken. Die Vermehrung der Auslandsbeteiligungen in Deutschland liegt daran, daß es unserer Industrie an Kapital fehlt und ist auch eine Folge der dauernden Kapitalentzüge durch die Reparationsbelastungen. In Deutschland wird seit langem die Selbsthilfe durch weiteren inländischen Zusammenschluß der Automobilindustrie verlangt, um zunächst die deutsche Industrie zu einem gefunden, gleichwertigen Kontrahenten zu machen, ohne daß man freilich damit merklich vorwärtsgekommen wäre. Es zeigt sich somit hier vorerst ein Bild ganz uneinheitlicher Entwicklungstendenzen.

Auf dem Gebiet eines der wichtigsten Rohstoffe der Welt, dem Erdöl, ist es nun zu einem bemerkenswerten geschäftlichen Friedensschluß gekommen. Zwischen dem größten europäischen Konzern, der unter Leitung von Sir Henry Deterding stehenden englisch-holländischen „Royal Dutch Shell“ und der russischen Erdölindustrie ist ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach das russische Erdöl wieder in England abgenommen und ohne Erschwerungen dem Detailhandel zugeführt wird, sowie eine gemeinsame Preis- und Absatzpolitik getrieben werden soll. Zu begrüßen ist dieses Abkommen nicht unbedingt, denn Deutschland ist Einfuhrland für Erdöl und die bereits von den englischen Erdölgesellschaften beschlossenen Preiserhöhungen werden dazu dienen, die Kosten des nun beendeten Weltkriegs zu decken. Deterding hatte die russische Konkurrenz, die ihm durch Preisunterbietungen auf dem Weltmarkt, besonders im Orient (Indien), sehr unbequem geworden war, hauptsächlich mit politischen Methoden bekämpft, indem er nach Hinweis auf die Sozialisierung der russischen Ölfelder und die Nichtentschädigung der ausländischen Mitbesitzer von gestohlenem Öl sprach. Damit hatte er eine Boykottbewegung für russisches Öl in die Wege geleitet, indem im britischen Reich Detailhändler, die das von der englischen Vertriebsgesellschaft des russischen Nachbargeschäfts bezogene Öl veräußerten, von den anderen Ölgesellschaften den Rabatt für ihre Produkte entzogen und die Russen dadurch zu Preisnachlässen gezwungen wurden. Er hatte freilich nicht verhindern können, daß die Amerikaner russisches Öl kauften und im britischen Weltreich vertrieben. In dem jetzigen Friedensschluß, der als eine Niederlage Deterdings angesehen werden kann, ist keine Rede von russischen Entschädigungen an die ausländischen Anteilhaber, und der britische Trust wird nun den Russen wieder große Mengen an Erdöl und Ölprodukten abnehmen.

Ein anders gearteter, nun zustande gekommener internationaler geschäftlicher Friedensschluß ist der Kalifornische, der gleichfalls nicht mit dem Sieg des Angreifers, nämlich der amerikanischen Regierung, endete. Zwischen dieser und der deutsch-französischen Kalibervereinigung kam es zu einem Vergleich, wonach das auf Grund der Antitrustgesetze gegen die deutschen und französischen Kalibertriebsgesellschaften in Amerika eingeleitete Verfahren eingestellt wird. Diese, die ja tatsächlich zusammen immer noch das Weltmonopol für Kaliber besitzen, mußten sich verpflichten, in Amerika keine Preisvereinbarungen zu treffen, wodurch die Käufer verschieden behandelt wurden, und ferner die Verpflichtung eingehen, die Preise auf der Basis einer normalen Entwicklung der ganzen Industrie festzusetzen. Daß ihnen aber das Recht zugestanden wird, in Europa die Organisation ihres Auslandsabsatzes nach den Gesetzen ihrer Staaten durchzuführen, zeigt, daß man im New Yorker Bundesgericht lediglich in der Hauptfrage nach Worten suchte, um den Rückzug und die Rücknahme der Anklage zu ermöglichen.

## Der geplante Reparationsaufsichtsrat

Ein amerikanischer Plan für Kommerzialisierung Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ in Essen veröffentlicht bemerkenswerte Einzelheiten über den im Reparationsfachverständigenausschuß vorgeschlagenen Zentralorganismus für die künftige Durchführung der Reparationen.

Danach soll der Vorschlag gemacht werden sein, als oberste Leitung dieser Zentralinstanz, die etwa den Charakter eines internationalen Clearing-House tragen soll, einen Ausschuß aus neun Mitgliedern zu bilden. In diesem Ausschuß sollen die Gläubigerationen vier Sitze und Deutschland zwei Sitze erhalten. Zwei weitere Sitze sollen von Mitgliedern der internationalen Handelskammer eingenommen werden, während die Vereinigten Staaten das neunte Mitglied stellen, dem für einen gewissen Zeitraum das Präsidium übertragen werden soll. Dieser leitende Ausschuß würde eine Art Reparationsaufsichtsrat darstellen. Von deutscher Seite soll noch angeregt worden sein, daß von Deutschland, Frankreich, England, Italien und Belgien die Leiter oder die Stellvertreter der Notenbanken dieser Länder in den Zentralausschuß delegiert werden.

Des weiteren berichtet die „Bergwerkszeitung“ über einen Vorschlag amerikanischer Finanzfachverständigen, der in den Vordergrund der Pariser Reparationsverhandlungen gerückt sei. Dieser Vorschlag gehe von der Voraussetzung aus, daß Deutschland acht Milliarden Dollars aufbringen könne. Hier von würden zunächst 2 Milliarden Dollars zu Kommerzialisierungen, wobei auch an die Möglichkeit von Umtauschoperationen im Staatsanleihefonds der alliierten Länder gedacht sei. Weitere 6 Milliarden Dollars sollen nach diesem Vorschlag durch eine neu zu schaffende Reparationsstreifenhandelsstelle bestritten werden. Ihre Kommerzialisierung soll zu günstigen späteren Zeitpunkten durchgeführt werden. Die erste Tranche der auszugebenden Bonds soll mit 6 Proz. verzinst werden, während für die weiteren Tranchen eine Ermäßigung der Zinssätze vorgeschlagen sei.

Ein Plan zur Deutung der deutschen Ausfuhr Der Pariser Berichterstatter von „Derald and Tribune“ will erfahren haben, daß eine der bemerkenswertesten Aufgaben der geplanten Reparationsbank die Auflegung von Anleihen für verschiedene, namentlich europäische Länder sei, denen dadurch ermöglicht würde, mit deutschen Industrielkonzernen Verträge abzuschließen. Auf diese Weise soll für eine Reihe von Jahren für Deutschland ein Ausfuhrüberschuß gesichert werden. Ein derartiger Vorschlag, der zuerst vom Reichspräsidenten Dr. Schacht gemacht worden sei, sehe in seiner jetzigen Form vor, daß die Reparationsbank auch für Deutschland als Anleihevermittler benutzt würde.

## 60-jähriger Geburtstag des Reichsarbeitsministers

Reichsarbeitsminister Rudolf Wissel feiert am heutigen Freitag seinen 60. Geburtstag. Er ist in Göttingen geboren und zuerst als Maschinenbauer und Dreher tätig gewesen. Er betätigte sich eifrig in der Gewerkschaftsbewegung und wurde 1901 Arbeitersekretär. 1918 kam er in den Reichstag, 1919 gehörte er zum Rat der Volksbeauftragten, war Mitglied der Nationalversammlung und danach des Reichstags, wurde im Juli 1919 Reichswirtschaftsminister. Über einen seiner Lieblingsgedanken, die Planwirtschaft, hat er damals eine Reihe von Veröffentlichungen verfaßt. Nachdem er als Wirtschaftsminister demissioniert hatte, war er bis Ende 1920 Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Seit Juni 1928 führt er als Nachfolger von Dr. Brauns das Reichsarbeitsministerium. Im Rahmen einer feierlichen Feier sprach heute, Freitag, früh, eine Vertretung der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichsarbeitsministeriums dem Reichsarbeitsminister die Glückwünsche seiner Mitarbeiter aus. Reichsarbeitsminister Wissel begibt sich am morgigen Samstag zu internationalen sozialpolitischen Besprechungen nach Genf.

## Silberdings Staatsbesprechungen mit den Parteien

Reichsfinanzminister Dr. Silberding hat am Mittwoch die Besprechungen mit den Stenographenverbänden der Parteien begonnen und am Freitag fortgesetzt. Die Verhandlungen haben jedoch bisher noch nicht zu irgendwelchen Ergebnissen geführt.

Die „Nationalist. Kor.“ schreibt dazu: Reichsfinanzminister Silberding folgt damit nicht nur einem Wunsch, sondern auch einem Rat der Deutschen Volkspartei, die nach wie vor der Überzeugung ist, daß der Etat verabschiedet werden kann und muß, ohne daß neue Steuern bewilligt und eingeführt werden. Da aber der Finanzminister selber der gegebene Sparkommissar sein und bleiben muß, ist nichts natürlicher, als daß er auch die Führung in der Sparpolitik übernimmt und zunächst seine Sparvorschläge den Parteien unterbreitet. Die Parteien können aus Gründen der Loyalität wie der Zweckmäßigkeit ihrerseits Sparvorschläge beispielsweise machen. Danach wird auch die Deutsche Volkspartei in den Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister handeln. Nach wie vor bleibt es in erster Linie Sache der Regierung, insbesondere des Reichsfinanzministers, die Verabschiedung des Etats ohne neue Steuern durchzuführen.

## Abbau von Reichsbahndirektionen

Zu den Nachrichten über den Abbau von Reichsbahndirektionen teilt das Reichsverkehrsministerium mit, daß die Angelegenheit durch einen Beschluß des Reichskabinetts dahin geregelt wurde, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft in das allgemeine Programm der Verwaltungsreform einzubeziehen ist, wonach sämtliche in Betracht kommenden Verwaltungen gemäß vorher zu treffender Vereinbarungen gemeinsam beim Abbau der Reichsmittelstellen vorzugehen haben und keine Verwaltung durch Übernahme des Abbaues anderen vorgezogen soll. Diese Grundsätze sollen auch für die Reichsbahndirektionen gelten. Der Reichsverkehrsminister wurde ermächtigt, das weitere bei der Verwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zu veranlassen. Der Reichsminister des Innern wird demnächst eine Besprechung der beteiligten Ressorts anberaumen, an der auch die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beteiligt werden wird.

## Kein Anschlag auf Daladier

W.B. Paris, 8. März (Tel.) Das dementiert das von einem Teil der Notizenpresse wiedergegebene Gerücht von einem angeblichen Anschlagversuch eines Priesters gegen den radikalen Abgeordneten Daladier.

## Ein englischer politischer Berater für China

W.B. Schanghai, 8. März (Tel.) Sir Frederic White, ehemaliger Vorsitzender der provisorischen, gesetzgebenden Versammlung zwischen 1920 und 1925, hat den Posten eines politischen Beraters der chinesischen Nationalregierung angenommen, die diese Regierung ihm anfangs der Woche in einem „Tschiangkai-schek“ unterzeichneten Brief angeboten hat. White wird kein Gehalt erhalten.

## Die Verlunggeschäfte der Raiffeisenbank

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft III Berlin ist laut „Voss. Zig.“ der Russe Kralzew verhaftet worden. U. a. wurde gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eröffnet, das sich auf seine Geschäfte mit der im Jahre 1925 in Schwierigkeit geratenen und inzwischen mit Hilfe der preussischen Zentralgenossenschaftskasse sanierten Raiffeisenbank-A.G., bezieht. Bei diesen Geschäften büßte die Raiffeisenbank Millionenbeträge ein. Die Ermittlungen erstrecken sich jedoch nur noch auf Kralzew. Der Kreis der beteiligten Personen steht noch nicht fest. Es kommen wahrscheinlich auch frühere Angestellte der Raiffeisenbank als Mitbeteiligte in Frage.

## Die Ausgestaltung der vatikanischen Stadt

Nach Blättermeldungen wird der Papst sofort nach Inkrafttreten der Lateranverträge für die vatikanische Stadt einen Zivilgouverneur ernennen, und zwar wird der Anwalt Raccelli oder Marchese Caccetti diesen Posten erhalten. — Es werden alle Vorbereitungen zur Durchführung der Verträge getroffen. Die Zeitungen melden, daß der Papst in letzter Zeit den Architekten Lucca Del Beltrami von Mailand und den Senator Marconi in Audienz empfangen hat. Beltrami wurde mit der Aufstellung eines Planes für die in der vatikanischen Stadt vorzunehmenden bedeutenden baulichen Veränderungen beauftragt. Mehrere neben der Peterskirche stehende Häuser sollen abgebrochen und an ihre Stelle neue Paläste erstellt werden, die sich dem architektonischen Stil und der Linie des Vatikan streng anpassen. Marconi erhielt den Auftrag zur Errichtung einer mächtigen Empfangs- und Sendestation in den vatikanischen Gärten.

Zimmer noch Wahlprüfungen. Der Reichswahlleiter ist immer noch mit der Nachprüfung der Wahlprotokolle und Stimmzettel der letzten Reichstagswahl beschäftigt. Innerhalb sind namentlich Beschwerden über Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen in den Kreisen Niederachsen (Hannover), Westfalen und zwei bayrischen Wahlkreise. Diese Beschwerden dürften Mitte März, wahrscheinlich am 16. März, in einer Sitzung des Wahlprüfungsgerichts, behandelt werden.

Stahlhelm und Wehrverbände. In einer in Berlin abgehaltenen Sitzung des Präsidiums der Vereinigten Vaterländischen Verbände, an der führende Vertreter aus allen Teilen des Reiches, darunter auch der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberstleutnant a. D. Dürstberg, teilnahmen, wurde einstimmig eine Reihe von Beschlüssen angenommen. Über das künftige Verhältnis der Wehrverbände zum Stahlhelm wird gesagt: „Die Zusammenfassung aller der politischen Kräfte im Reich hat in einer Organisation zu erfolgen, auch hier unter Wahrung des föderativen Prinzips. Diese Organisation ist der Stahlhelm.“

Die Schweiz und der Zweikampf. Der schweizerische Nationalrat behandelte Donnerstagabend die Artikel des Strafgesetzbuches über den Zweikampf. Die Herausforderung zum Zweikampf wird mit einer Geldbuße bestraft, der Zweikampf selbst mit Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren. Eine besondere Bestimmung ist für Studentenbelle vorgesehen, die mit Arrest oder einer Geldbuße bestraft werden. Die sozialistische Minderheit schlug vor, dieses Privileg für die Studenten zu streichen. Der Nationalrat schloß sich diesem Antrage an.

## Kurze Nachrichten

Das Reichskabinett und die Lage der Landwirtschaft. Unter dem Vorsitz des Reichslandvolksrats legte das Reichskabinett am Donnerstag die Aussprache über die Vorschläge des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zur Behebung der Notstände der deutschen Landwirtschaft fort. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, da die Verhandlungen über diesen Gegenstand noch nicht abgeschlossen sind.

Der deutsch-schweizerische Schieds- und Vergleichsvertrag wurde vom schweizerischen Ständerat auf Antrag der Kommission einstimmig genehmigt.

München hat 710000 Einwohner. Im Jahresbericht des Statistischen Amtes der Stadt München wird die Einwohnerzahl Münchens, die bei der Volkszählung im Juni 1925 680 704 betrug, und für Anfang 1928 auf rund 697 000, für Mitte 1928 auf rund 700 000 geschätzt worden war, für Ende des Jahres 1928 auf rund 710 000 berechnet.

Gescheiterte Verhandlungen im oberösterreichischen Bergbau. Nachdem die Bergarbeiterverbände das Wehrarbeitsabkommen im oberösterreichischen Bergbau zu Ende März gekündigt hatten, erfolgte seitens des Arbeitgeberverbandes eine Kündigung des Manteltariffs. Am Donnerstag haben in Wien über diese Fragen Verhandlungen stattgefunden, die ergebnislos abgebrochen wurden, so daß voraussichtlich von Arbeitseiserseite der Schlichter angerufen werden wird.

Die sanitären Verhältnisse der französischen Garnisonen im besetzten Gebiet. Das französische Kriegsministerium hat eine Kommission eingesetzt, die eine allgemeine Untersuchung über die sanitären Verhältnisse der Truppen in den Garnisonen Ostfrankreichs und des Rheinlandes durchzuführen hat. Dieses Komitee, das unter dem Vorsitz von Marschall Petain steht, ist nach Trier abgereist.

Inhaftung Deutscher als Zeugen bei den gemischten Gerichtshöfen in Ägypten. „Times“ meldet aus Kairo: Die ägyptische Regierung hat beschlossen, dem Eruchen der deutschen Regierung, deutsche Staatsangehörige unter den ausländischen Besitzern bei den gemischten Gerichtshöfen zuzulassen, stattzugeben, obwohl Deutsche nicht mehr die vorgesehene Sonderstellung genießen.

Die Abtreibung in der Schweiz. Nach längerer Debatte über die Frage der Straflosigkeit der Abtreibung im Falle eines Notstands der Mutter stimmte der schweizerische Nationalrat den Anträgen der Kommissionsmehrheit zu. Nach dem künftigen Strafgesetzbuch wird also die Abtreibung straflos bleiben, wenn sie von einem patentierten Arzt unter Zustimmung eines amtlichen Arztes vorgenommen wird, um eine Lebensgefahr oder schwere Gesundheitschädigung von der Frau abzuwenden.

Dr. Noos nach Befancon überführt. Der Autonomist Dr. Noos ist von Kolmar ins Gefängnis von Befancon übergeführt worden.

Die „Kattowitzer Zeitung“ zum 50. Male beschlagnahmt. Die Donnerstagsausgabe der „Kattowitzer Zeitung“ wurde wegen eines Artikels von der polnischen Polizeibehörde Kattowitz beschlagnahmt. Diese Beschlagnahme ist seit dem Jahre 1925 die 50.

Sondertagung des amerikanischen Kongresses. Präsident Hoover hat zum 15. April eine Sondertagung des Kongresses einberufen.

Bei einem Brand in einer Autoausstellung in Los Angeles wurden 300 Autos zerstört.

Wie aus Athen gemeldet wird, wurde nach einer aufregenden Jagd das ägyptische Schmugglerschiff „El Niah“ von einem griechischen Torpedoboot gestellt und in den Piräus eingeschleppt. Das Schmugglerschiff hatte Raubgüter im Werte von 50 000 Pfund Sterling an Bord.



# Staatsanzeiger

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

**Verlegt:**  
Die Justizobersekretäre Wilhelm Bichhoff beim Amtsgericht Buchen zum Amtsgericht Freiburg, und Ludwig Schroy beim Amtsgericht Freiburg zum Amtsgericht Buchen; die Kanzleiassistenten Emil Preis bei der Staatsanwaltschaft Offenburg zum Amtsgericht daselbst, Florian Decker beim Amtsgericht Offenburg zur Staatsanwaltschaft daselbst.  
**Entbunden auf Ansuchen:**  
Fabrikdirektor Eduard Kühn in Ettlingen von seinem Amte als Handelsrichter bei den Kammer für Handelsfachen beim Landgericht Karlsruhe.

## Badisches Landestheater

Spielplan vom 9. März bis 19. März 1929  
Im Landestheater:  
Samstag, 9. März. \* E 18. Th.-Gem. 201-300 und 1501 bis 1550. Reinen aus Irland. Lustspiel von Kamare. 20 bis 22 1/2 (5 M).  
Sonntag, 10. März. Nachmittags: 10. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Der fliegende Holländer. Von Wagner. 15 bis 17 1/2 (4 M).

Abends: \* A 19. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (2. Hälfte). Neu einstudiert: Der Walfisch. Komische Oper von Vorping. 19 1/2 bis 22 1/2 (8 M).  
Montag, 11. März. Th.-Gem. 1. S.-Gr. 8. Sinfoniekonzert. Leitung: Josef Krips. Solist: Béla Bartók (Klavier). 20 bis 22 (4 M).  
Dienstag, 12. März. \* G 18. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte). und 101-200. Die Insel der Toten. Oper von Jádor. Hierauf: Petrusfata. Ballett von Strawinsky. 20 bis nach 22 1/2 (7 M).  
Mittwoch, 13. März. \* B 19. Th.-Gem. 301-450. Lustspiel von Molière. Hierauf: Sganarell. Lustspiel von Molière. 20 bis 22 1/2 (5 M).  
Donnerstag, 14. März. \* D 20 (Donnerstagniete). Th.-Gem. 451-600. Reinen aus Irland. Lustspiel von Kamare. 20 bis 22 1/2 (5 M).  
Freitag, 15. März. Volksbühne 3. Boccaccio. Komische Oper von Suppé. Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19 1/2 bis 22 1/2 (7 M).  
Samstag, 16. März. \* C 19. Th.-Gem. 701-800. Zum ersten Male: Die große Gebammenkunst. Komödie von Walter. 20 bis geg. 22 1/2 (5 M).  
Sonntag, 17. März. \* E 19. Th.-Gem. 1-100 und 601-650. Ein Maskenball. Oper von Verdi. 19 1/2 bis 22 1/2 (8 M).  
Montag, 18. März. \* G 19. Th.-Gem. 801-900. Die große

Gebammenkunst. Komödie von Walter. 20 bis geg. 22 1/2 (5 M).  
Dienstag, 19. März. Volksbühne 3. Boccaccio. Komische Oper von Suppé. Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19 bis 22 (7 M).  
Im Städtischen Konzerthaus:  
Sonntag, 10. März. \* Durra — ein Junge. Schwanf von Arnold und Bach. 19 1/2 bis geg. 22 (4,10 M).  
Sonntag, 17. März. \* Durra — ein Junge. Schwanf von Arnold und Bach. 19 1/2 bis geg. 22 (4,10 M).  
Dienstag, 19. März. \* Gastspiel des Städtischen Theaters in Karlsruhe: D' Parifer Reif. Lustspiel von Stoslopf. 19 1/2 bis nach 22 (4,10 M).  
Umtausch für Anhänger von Modestien: Samstag nachmittags 15 1/2 bis 17 Uhr.  
Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.  
Kartenvorverkauf: Vorverkaufskasse des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fröh Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388, und Kunstfestsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstraße), Tel. 1420. Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

**Badische Lichtspiele \* Konzerthaus**  
Freitag, 8. März bis Donnerstag, 14. März jeweils 20.15 Uhr, Samstag und Mittwoch auch 16 Uhr, Sonntag nur 16 Uhr  
**ERSTAUFFÜHRUNG**  
**Ein Grab am Nordpol**  
Ein Stück aus dem weltgeschichtlichen Kampf um den Nordpol. Die erschütternde Auffindung der Überreste der Steffansonschen Expedition, die in Nacht und Eis zugrunde gegangen war.  
MUSIKBEGLEITUNG 380  
Kartenvorverkauf: Musikhaus F. Müller, Kaiserstr.

Wir üben die Rechtsanwaltspraxis gemeinsam aus  
**Hugo Marx**  
**Paul Ebertsheim**  
Rechtsanwälte  
Kanzlei: Kaiserstraße 122

**Nehmen Sie** bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

# Sonne über Karlsruhe

und Osterfreude in jedes Heim durch unser

Anzahlung, Monatsraten.  
Beamte, Festangestellte, und alte Kunden ohne jede Anzahlung  
**1. Rate: 1. April.**  
**HERREN, DAMEN, KINDER-KONFEKTION.**  
**HERRENMASSABTEILUNG**  
Herrenmodeartikel, Wäsche, Gardinen, Teppiche u.s.w.

**„De Be Ge“ Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m.B.H.**  
KARLSRUHE VB. / KRONENSTR. 40

Heute morgen wurde uns durch einen plötzlichen Tod meine liebe Frau, unsere Mutter und Schwester

## Anna Hirsch

geb. Bornschein  
nach kurzer Krankheit entrissen.

Karlsruhe, den 7. März 1929.  
Hans-Thoma-Straße 4

**Dr. Fritz Hirsch**  
Ministerialrat und Professor

Die Einäscherung findet auf Wunsch der Entschlafenen in aller Stille statt. 379

**Gemeindeparkasse Sandhausen**  
Bilanz auf 31. Dezember 1927

Aktiva:	RM	Passiva:	RM
Stoffenbestand	14 803,66	Spareinlagen	333 900,36
Guthaben bei Banken	25 779,84	Giroeinlagen	71 276,87
Wertpapiere	14 291,—	Anlehenskapitalien	242 329,07
Darlehen auf Hypotheken	278 313,85	Rücklagen für Aufwertung	12 129,72
Schuldscheine	156 754,27	Ausgabenrückstände	333,33
Kredite in lfd.		Gewinn von früheren Jahren	19 700,10
Rechnung	181 520,27	Gewinn vom lfd. Jahr	10 787,86
Einnahmerückstände	18 989,42		
Gerätschaften	1,—		
Grundstücke	1,—		
<b>Summa</b>	<b>690 457,31</b>	<b>Summa</b>	<b>690 457,31</b>

Sandhausen, den 6. März 1929. 682  
Der Verwaltungsrat: Mattern. Der Geschäftsleiter: Rafner. Der Kontrollleur: Herzog.

**Die Bildung eines Sachausschusses für Angestellte beim Arbeitsamt Karlsruhe.**  
Die wirtschaftlichen (tariffähigen) Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden hiermit aufgefordert, an den Unterzeichneten bis zum 16. März 1929 Vorschlagslisten zur Bildung eines Sachausschusses für Angestellte einzureichen. Die Zahl der Beisitzer wird vom Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes noch endgültig festgesetzt werden. Einstweilen sind für Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 5 Vertreter vorgesehen. Der Tätigkeitsbereich der Abteilung für Angestellte, für die der Sachausschuss bestellt werden soll, umfasst die Arbeitsamtsbezirke Baden-Baden, Bruchsal, Karlsruhe, Rehl, Offenburg, Forzheim und Rastatt; soweit technische Angestellte in Betracht kommen, die Bezirke der Arbeitsämter, die im Lande Baden ihren Sitz haben.  
D.687  
Nähere Auskunft, insbesondere über die Gestaltung der Vorschlagslisten, erteilt das Arbeitsamt Karlsruhe. Der Vorsitzende des Arbeitsamts Karlsruhe.

**Galerie Moos**  
Kaiserstraße 187  
Sonderausstellung  
**Fidus**  
Originalwerke  
Geöffnet: von 9-1 und 2-6 Uhr  
Sonntags von 11-1 Uhr 372

**Garantiert**  
Ziehung 15 u. 16. März  
Zusenhofener  
**Geld-Lotterie**  
Gesamt-Gewinne  
**12500**  
Höchstgewinn  
**6500**  
Hauptgewinn  
**4000**  
Preis 1: M 11 Stück 10.- M Porto u. Liste 30.- bei  
Stürmer  
Postsch. 17043 K. rube  
u. alle Verkaufsstellen

m. b. G. in Karlsruhe, Rippurrer Straße 18, wurde heute nachmittag 5.15 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Wilmst, hier, Kaiserstr. 86. Konkursforderungen sind bis zum 27. März 1929 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschädigung über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: **Mittwoch, den 3. April 1929, vormittags 9 1/2 Uhr** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: **Mittwoch, den 24. April 1929, vormittags 9 Uhr**, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, 2. Stock, Zimmer Nr. 185.  
Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an die Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 27. März 1929 anzuzeigen.  
Karlsruhe, 6. März 1929.  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.

**Badisches Landestheater**  
Samstag, 9. März  
\* E 18 Th.-Gem. 201-300 und 1501-1550  
**Reinen aus Irland**  
von Kamare  
Regie: v. d. Trend  
Mitwirkende:  
Genter, Quaiser, Willer, Vorfeldd, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Jakob, Just, Keinath, Kloebe, Kuhne, Meiner, Müller, Brüter, Schneider, Schulze, v. d. Trend, Wiesel  
Anfang 20 Ende 22 1/2  
Preise A (0,70-5,00 RM)  
So. 10. März, nachmittags:  
Der fliegende Holländer  
abends: neuinstudiert:  
Der Walfisch,  
im Konzerthaus:  
Durra — ein Junge  
Mo. 11. März, 8. Sinfoniekonzert  
Die. 12. März, Die Insel der Toten, hierauf: Petrusfata

**Arbeitsvergebung.**  
Die Grab-, Fels-, Rohr- verlegearbeit und Herstellung der Schächte zur Kanalisation der Hauptstraße ist zu vergeben. Angebotsformulare gegen 1 RM Selbstkosten, Pläneinsichtnahme u. Auskunft beim Stadtbauamt. Einreichetermin und Eröffnung der Angebote, letztere mit Aufschrift „Kanalisation“ versehen, am Montag, den 18. März 1929, vorm. 11 Uhr. D.681  
Gemeinderat Trüberg.

**Colosseum**  
Monat März täglich 8 Uhr  
Sonntags 4 und 8 Uhr  
**Schmitz-Weißweiler**  
die besten Komiker  
„in Sachen Hermann“